

Antrag C 6 - Rechtsextremismus bekämpfen

Antragsteller: Unterbezirk Hochtaunus

Die Versammlung möge beschließen:

Rechtsextremismus bekämpfen

Die Jusos Hochtaunus fordern die Landesregierung auf, Rechtsextremismus endlich wirksam zu bekämpfen, anstatt sich durch symbolische Akte aus der Affäre zu ziehen oder ihm gar durch solche Aktionen wie gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft den Boden zu bereiten.

Wir müssen über die „Symbole„ gegen Rechts hinauskommen. Dabei ist zu beachten: Nicht nur die Ausschreitungen rechtsextremer Gewalt, sondern auch die Verbreitung rechtsradikaler und nationalistischer Propaganda, alltäglicher Rassismus und Hetze gegen AusländerInnen und Minderheiten sind Ausdruck des Rechtsextremismus. Deshalb ist auf vielen gesellschaftlichen und politischen Feldern eine breit und langfristig angelegte Initiative für Toleranz und Zivilcourage erforderlich.

Die Jusos Hochtaunus fordern deshalb:

Harte Gangart gegen Rechtsextreme

- Die systematische Verharmlosung von Rechtsextremismus und rechtsradikalen Delikten muss endlich ein Ende haben. Alltäglicher Rassismus und rechtsextreme Vorfälle, z.B. an den Schulen oder in staatlichen Behörden, dürfen nicht länger ignoriert und tabuisiert werden.
- Alle polizeilichen und strafrechtlichen Möglichkeiten sind auszuschöpfen, die geltenden Gesetze sind auch bei "kleinen" Delikten konsequent anzuwenden.
- Opfer von Diskriminierung benötigen bessere Betreuung und Beratung, in rechtlicher aber auch in psychologischer Hinsicht. Im Einzelfall ist auch staatliche Hilfe erforderlich. Bei Klageverfahren ist für Unterstützung und Betreuung zu sorgen.

Integrationsbemühungen verstärken

- Das Wahlrecht für alle ausländischen MitbürgerInnen mit ständigem Wohnsitz in Hessen muss endlich durchgesetzt werden, um das Bürgerdasein zweiter Klasse zu beenden. Wer die gleichen Pflichten zu erfüllen hat, muss endlich auch die gleichen Rechte erhalten. Außerdem ist die Stellung von Ausländer-Beiräten in den Kommunen zu stärken.
- Die vielfältigen Diskriminierungen von AsylbewerberInnen sind aufzuheben.
- Die gezielte Sprachförderung auf freiwilliger Basis – insbesondere auch für (junge) AussiedlerInnen – ist auszubauen und zu verbessern.
- Asylbewerber aus einer Familie sind gemeinsam unterzubringen statt in geografisch voneinander getrennten Unterkünften innerhalb Deutschlands.

"Stärkung der Zivilgesellschaft" braucht bessere Bildung

- Projektwochen an Schulen oder SchülerInnen-Wettbewerbe müssen verstärkt zu Themen wie Rechtsextremismus, alltäglicher Faschismus und Rassismus durchgeführt werden. Dabei ist die Auseinandersetzung mit rechter Propaganda im Internet mit einzubeziehen.
- Die LehrerInnenfortbildung muss sich intensiver mit dem Thema "Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus" befassen. Die NS-Zeit soll im Unterricht anders behandelt werden. Nur wenn Bezüge zur Gegenwart hergestellt werden, wird deutlich, warum Auseinandersetzung mit der Geschichte mehr ist und mehr sein muss, als nur ein Wettlauf "gegen das Vergessen".
- Die Problematik der aktuellen Fremdenfeindlichkeit muss fester Bestandteil des Lehrplans sein, z.B. in den Fächern Sozialkunde / Gemeinschaftskunde, Geschichte und Deutsch.
- Auslandsaufenthalte, insbesondere Austauschmaßnahmen über mehrere Wochen oder Monate, sind für SchülerInnen aller Schularten stärker zu fördern. Dies leistet einen sinnvollen Beitrag gegen Provinzialismus.

- Präventionsprojekte von Bildungseinrichtungen, Parteijugendorganisationen oder politischen Stiftungen sind zu unterstützen. Gezielte Weiterbildungsmöglichkeiten sind für alle ArbeitnehmerInnen anzubieten. Hierfür sind ggf. erweiterte Möglichkeiten zur Freistellung vorzusehen.

"Kulturelle Räume gegen Rechts" schaffen

- Bei der Namensgebung von Straßen, Gebäude und öffentliche Plätze sind WiderstandskämpferInnen gegen den Nationalsozialismus verstärkt zu berücksichtigen, um Geschichte auch in der Umwelt "lebendig" zu halten.
- Die Honorierung und Förderung von Theater, Filminitiativen, Kleinkunst und anderer Kulturformen, die Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus thematisieren, ist auszuweiten.
- An hessischen Hochschulen sind Forschungsprojekte für eine umfassende und fundierte Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus, Gewalt und Rassismus gezielt finanziell zu fördern.

„Aussteigerprogramme,,

Ein Baustein kann die Hilfe für Aussteiger aus der rechten Szene sein, aber dabei muss gewährleistet sein, dass die Mittel nur für die wirklich Ausstiegswilligen sinnvoll eingesetzt und durch Maßnahmen genutzt werden, die auf die jeweilige Person individuell zugeschnitten sind, um so den Ausstieg wirklich dauerhaft zu gewährleisten und einen Missbrauch der Mittel zu verhindern.

Die Jusos Hochtaunus begrüßen daher das „Aussteigerprogramm,, und fordern für die inhaltliche Ausgestaltung:

- psychologische Hilfen und Beratungsangebote, die individuell auf die Bedürfnisse der Person zugeschnitten werden
- die Vermittlung von Wohnraum in Gemeinschaftswohnungen, um den Betroffenen auch den räumlichen Ausstieg aus der Szene zu ermöglichen
- die Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz bzw. einer passenden schulischen Weiterbildungsmöglichkeit, um den Betroffenen auch eine berufliche Lebensperspektive zu geben.